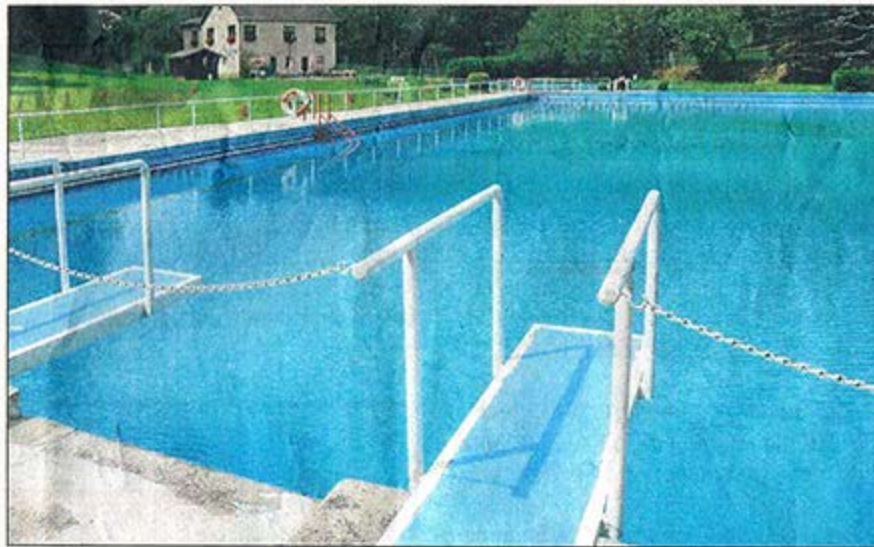


Stadtrat will notfalls Sondersitzung zu Freibädern

Die Wellen zum Thema geschlossene Freibäder schlagen hoch. Die Mehrheit des Stadtrates lässt nicht locker und fordert Maßnahmen der Verwaltung. Notfalls werde man eine Sondersitzung einberufen.



Still ruht das Bad in Dietzhausen wie auch das in Goldlauter. Foto: frankphoto.de

es ausreiche, dass ein Meister für den Bäderbetrieb aus dem Ottilienbad regelmäßig in den Freibädern kontrolliere, beispielsweise die Wasserqualität und andere vorgegebene Standards kontrolliere und in den Freibädern mit Rettungsschwimmern der Badebetrieb abgesichert werden könne, sollte die Umsetzung des Stadtratswillen erheblich erleichtert sein.

„Die Beschlussumsetzung wird im nächsten Stadtrat auf jeden Fall wieder Thema sein und sollte es notwendig werden, scheuen wir auch nicht davor, im Interesse der Suhler Bevölkerung jederzeit eine Sondersitzung des Stadtrates einzuberufen“, so die Stadträte. Abschließend appellierten die drei Fraktionen an die Verwaltung, mit derartigem Verhalten die Stadt nicht noch mehr in Negativschlagzeilen zu bringen.

Stadträtin Ina Leukefeld (Linke) hat mittlerweile Kontakt zu einer Bademeisterin in Meiningen. Sie würde bei einer Festanstellung sofort in Suhl anfangen, wie Leukefeld erklärte. Die Frau arbeite derzeit mit einem festen Arbeitsvertrag als Verkäuferin, weshalb ein Einsatz für nur wenige Wochen in Suhl leider nicht infrage käme.

Suhl – „Reaktion und Verhalten des Sühler Rathauses gleichen einer Dienstverweigerung gegenüber der Sühler Bevölkerung“, haben die Stadtratsfraktionen von CDU, SPD und Linken am Freitag eine Stellungnahme zu der unbefriedigenden Situation bei den geschlossenen Freibädern überschrieben.

Die Reaktionen der Rathauspitze auf die Stadtratsinitiative in Sachen Schwimmbäder löste bei den Mitgliedern der drei Fraktionen „Kopfschütteln und Fassungslosigkeit“ aus. Während man in der Stadtratsitzung vom Mittwoch bestrebt gewesen sei, mehr Engagement im Sinne der Bevölkerung von der Rathauspitze einzufordern, reagiere selbige nun damit, dass sie sich in Zukunft

gar nicht um die Schwimmbäder kümmern und alle Last und Verantwortung auf die beiden Bürgervereine übertragen werde.

Fassungslosigkeit erzeugte für die Stadträte der Fakt, dass der Oberbürgermeister und der Bürgermeister „wiederholt“ derart hohe rechtliche Anforderungen zur Betreibung der Bäder vorschoben, welche nun durch das Landesverwaltungsamt als tatsächlich überzogen und rechtlich

nicht erforderlich beurteilt wurden.

„Wir werden uns mit dem angekündigten Verhalten des Oberbürgermeisters nicht abfinden und sehr genau auf die Umsetzung unseres gefassten Stadtratsbeschlusses achten“, so die Vertreter Marcus Kalkhake (CDU), Karin Müller (SPD) und Philipp Weltzien (Linke) in dem gemeinsam unterzeichneten Papier.

Nach den nun tatsächlich geringeren Personalanforderungen, wonach